

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 08/2013

20. Jahrgang

57. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. Dezember 2013

LINKE macht Verwaltungsarbeit

Bauressort soll optimiert werden

Den theatralischen Schlagabtausch über die Position der LINKEN zur historischen Mitte erlebt man in nahezu jeder Stadtverordnetenversammlung. Und so leitete der Baubeigeordnete Matthias Klipp denn auch seine Antwort auf einen Antrag der LINKEN mit der Bemerkung ein, dass er erfreut höre, dass sich die LINKE für die historische Mitte einsetze.

Maßgebliche Bauherren, die das Havelufer gestalten werden, hatten die Fraktion informiert, dass sie bei vielen Fragen der konkreten täglichen Arbeit keinen kompetenten Ansprechpartner in der Verwaltung hätten – zum Beispiel zum koordinierten Bauablauf und der Tiefgarage. So hatte die LINKE einen Antrag formuliert, „geeignete Maßnahmen einzuleiten“ und zu prüfen, „ob durch die Einsetzung eines Koordinierungsbeauftragten mit entsprechenden Kompetenzen der notwendige Fortschritt gesichert werden kann“. Klipp meinte allerdings, dass alles geregelt sei und mit dem Leiter der Bauaufsicht Markus Beck bereits so eine Stelle existiere. Dass diese Form aber offensichtlich nicht funktioniert, legt die Bemerkung von Rolf Kutzmutz, dem Bauausschuss-Vorsitzenden, nahe: „Wissen das die Bauherren auch?“ Dennoch wurde der Antrag nach SPD-Vorschlag als „durch Verwaltungshandeln erledigt“ erklärt. Zu hoffen wäre nun, dass der Antrag dennoch die Bauverwaltung dazu bewegt, die bisherige Praxis zu hinterfragen und ggf. den aktuellen Anforderungen anzupassen.

„Die Verwaltung verbittet sich jegliche Einmischung in die Verwaltungsstruktur. Doch

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins Jahr 2014.

Alte Fahrt um 1941

Foto: Potsdam-Museum, Alfred von Loebenstein



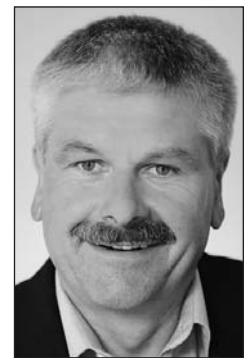
in der Praxis zeigt sich, dass vieles nicht funktioniert.“, sagt Rolf Kutzmutz. „Wenn wir als Stadtverordnete dazu Hinweise bekommen, müssen wir reagieren. Aber Verwaltungsorganisation ist ja wohl nicht die Aufgabe der Stadtverordneten.“

Auf gleicher Ebene liegt ein weiterer Antrag der LINKEN: Wie bekannt, reichten die personellen Kapazitäten in der Bauverwaltung nicht aus, sie arbeite nach Prioritätenlisten, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Zeitlich begrenzt sollte das Personal um 3 bis 5 Mitarbeiter/innen verstärkt werden, um mehr Planungskapazitäten vor allem für die Bearbeitung von Vorhaben des Wohnungsbaus zu schaffen. Zur Refinanzierung seien die zusätzlichen Baugenehmigungsgebühren und Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer heranzuziehen. Und es gebe Spannungseffekte für den Wohnungsmarkt.

Beschlossen wurde, dass zunächst mittels einer Personalbedarfsanalyse im Bereich Stadtplanung/Stadterneuerung/Verbindliche Bauleitplanung bis März 2014 festgestellt werden soll, wie viel Personal zur Verfügung stehen müsste, um die anstehenden Aufgaben zügig erledigen zu können.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, Trotz der mehr als 100 Tagesordnungspunkte saßen die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung in diesem Jahr nur bis gegen 21.00 Uhr zusammen. Die Stimmung war eher unaufgeregert. Im Unterschied zur Novembersitzung fehlten



irgendwie die großen Themen. Nicht überraschend war, dass die großspurig angekündigte Wiederbelebung der Rathauskooperation nicht so richtig funktioniert. Einig waren sich SPD, CDU, Grüne und FDP nur darin, dass die Diskussion um den Langen Stall noch einmal aufgemacht werden soll, obwohl doch ein anerkanntes Wettbewerbsergebnis für das Bauvorhaben an der Plantage vorliegt; oder wenn es darum ging, Anträge der Linksfraktion für „durch Verwaltungshandeln erledigt“ zu erklären. Aber die Linksfraktion hat auch einiges erreicht. Die Ortsbeiräte haben ab sofort wie die Fraktionen das Recht, Anträge zu stellen, die in die Tagesordnung der nächsten Sitzung der SVV aufzunehmen sind. Ortsvorsteher können im Rahmen der Fragestunde Anfragen an den Oberbürgermeister richten. Das ist ein gutes Signal im zehnten Jahr nach der Eingemeindung. Es ist uns auch gelungen, bei der Straßenreinigung Verbesserungen insbesondere für die Babelsberger zu erreichen. Offen blieb die Frage, welche Folgen die überraschende Sperrung der beiden Hallen im Luftschiffhafen für die Sportvereine und die Stadt haben wird. Das wird uns in den nächsten Monaten ebenso beschäftigen wie die vom Kämmerer angekündigte Haushaltssperre. Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2014.

Ihr Hans-Jürgen Scharfenberg

Es wird kalt in Deutschland

Nach einer jahrelangen Debatte – begonnen durch DIE LINKE – um einen auskömmlichen Mindestlohn, haben sich CDU/CSU und SPD darauf verständigt, ab 2015 dafür Sorge zu tragen, dass jeder



Mensch von seinem Einkommen leben können muss. 8,50 Euro sind da im Gespräch, selbst die Gewerkschaften haben zu Beginn der Koalitionsgespräche noch davon geredet, dass dies heute schon nicht mehr ausreicht. Inzwischen sehen Sommer und Bsirkse im vorliegenden Koalitionsvertrag einen großen Schritt in Richtung Arbeitnehmer- und Rentengerechtigkeit. Parteibücher wiegen da manchmal schwerer als Gewerkschaftsinteressen. Leider ist dieser Mindestlohn nicht für alle Arbeitnehmer vorgesehen. Langzeitarbeitslose, die heute schon sozial am benachteiligsten sind, werden ihn, sollten sie Arbeit bekommen, im ersten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsjahr nicht erhalten. Uschi Glas ist mir noch im Ohr: Tja, die ostdeutschen Menschen sind ja nicht so qualifizierte Arbeiter wie die bayerischen. Oje Deutschland, wo sind wir nur hingeraten?

Rentnerinnen und Rentnern werden die Renten ab 2015 auch auf dem derzeitigen Stand eingefroren und das bei ständig steigenden Lebenshaltungskosten. Und das, obwohl der Rententopf mehr als gut gefüllt ist. Die neu zu errichtende Suppenküche der Volksolidarität auf dem Stadthausgelände sollten bereits jetzt schon größer planen.

Bei all den sozial drohenden Ungerechtigkeiten werden wir uns bald um noch mehr Potsdamerinnen und Potsdamer als bisher kümmern müssen. Dieses Jahr feiern die Besucher des Sozialen Zentrums ihr Weihnachtsfest im Provisorium in der Benkertstraße 3. Geschenke wie Hygieneartikel werden schon jetzt gern entgegengenommen. Rücken wir enger zusammen und richten wir uns darauf ein, in unserem Kampf um soziale Gerechtigkeit noch stärker zu werden als bisher. Um der sozialen Kälte in Deutschland besser entgegen treten zu können.

Jana Schulze,
Sozialpolitische Sprecherin

Fußgängerweg Lennéstraße

Dr. Karin Schröter hatte eine Frage von Bewohnern der Brandenburger Vorstadt aufgenommen. Diese kritisieren seit langem den Zustand der Lennéstraße, vor allem der Gehwege, die zu Unfallgefahren geworden sind. Der Baubeigeordnete Matthias Klipp erklärte, es wurde in der Brandenburger Vorstadt schon viel getan, vor allem im Zusammenhang mit der Schaffung von mehr Barrierefreiheit, es gebe auch einen Entwurfsplan für die Lennéstraße, der aber wegen fehlender Mittel zurückgestellt wurde. Eine Einordnung müssten die Stadtverordneten mit der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes ab 2015 vornehmen. Bis dahin seien lediglich Instandhaltungsmaßnahmen zur Gefahrenabwehr möglich.

Kaufhalle Bisamkiez

Nachdem 2009 die alte Kaufhalle am Schilfhof geschlossen worden war, ist nach langen Bemühungen



kürzlich dort eine moderne Kaufhalle eröffnet worden. Daraufhin wurde aber die Kaufhalle am Bisamkiez geschlossen. Welche Möglichkeit gibt es, eine zeitnahe Nutzung des Gebäudes als Versorgungseinrichtung zu unterstützen, wollte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg wissen, der sich persönlich sehr für die neue Kaufhalle engagiert hatte.

Die Stadt habe großes Interesse an einer schnellen Nachnutzung, allein, um erneut ein verfallendes Gebäude zu verhindern, erklärte Matthias Klipp. Allerdings handle es sich um Privateigentum, es komme darauf an, was der Eigentümer vorhat. Der Baubeigeordnete sagte auf Nachfrage von Scharfenberg zu, auf den Eigentümer zuzugehen, um mit ihm die weitere Nutzung zu beraten.

Kaufhalle Zum Teufelssee

Wiederholt fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg nach dem Stand der Baugenehmigung für das neue Wohnhaus in Verbindung mit einer Kaufhalle Zum Teufelssee nach. Der Bauantrag sei immer noch nicht vollständig, antwortete Matthias Klipp. Inzwischen sei in einem Gespräch zwischen Bauaufsicht und Bauherm geklärt worden, was noch fehle. Auf die Nachfrage erklärte er weiter: „Es gibt keine ernsthaften Probleme, wir würden lieber heute als morgen positiv bescheiden.“ Und wenn der Antrag vollständig „unterm Weihnachtsbaum liegt, kann die Genehmigung ein Ostergeschenk werden“, so Klipp. Für Ende März 2014 ist der Baubeginn geplant.

Abschnittsweise Instandsetzung der Neuendorfer Straße

Beschlossen worden war auf der Sitzung der Stadtverordneten im Oktober 2013, dass die Neuendorfer Straße im kommenden Jahr in wesentlichen Teilen saniert werden soll. Über die Vorbereitungen sei im Dezember zu informieren.

Der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen teilte den Stadtverordneten im Dezember mit, dass für die Sanierung der Neuendorfer Straße „keinerlei Investitionsmittel zur Verfügung“ stehen. „Für die schrittweise Instandsetzung des Straßenzuges Neuendorfer Straße/Zum Kirchsteigfeld werden Mittel des laufenden Aufwandes in Anspruch genommen. Vorhandene Winterschäden wurden soweit wie möglich bearbeitet. Für die weiteren Instandsetzungsmaßnahmen laufen bereits die planerischen Vorbereitungen.“

Im Jahr 2014 stehen für die Straßeninstandsetzung 3.354.700 € zur Verfügung. Diese Mittel sind für die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben wie Gefahrenabwehr, Unter-

haltung und Instandsetzung im gesamten Stadtgebiet inklusive der Ortsteile zu verwenden.

Die Umsetzung der Maßnahmen in der Neuendorfer Straße ist im Frühjahr 2014 bei entsprechender Witterung (15°C Oberflächentemperatur) im ersten und je nach Submissionsergebnis in einem zweiten Bauabschnitt angedacht. Priorität hat die Fahrbahn in den Abschnitten zwischen Galileistraße und Schwarzschildstraße/ Bahnhofstraße.

Ohne verfügbare Investitionsmittel und/oder Fördermittel ist ein beschleunigtes Vorgehen in den einzelnen Straßen nicht möglich. Zudem sind bei grundhaften Ausbauvorhaben KAG-Beitragsverfahren einzuleiten.

Die Sanierung der gesamten Fahrbahn der Neuendorfer Straße kann 2014 nicht umgesetzt werden. Es werden die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten bauabschnittsweise eingeleitet, so dass der Bestand der Straße sukzessive gesichert wird.“

Mehr Rechte für die Ortsbeiräte

Nach rechtlicher Prüfung hat die Stadtverordnetenversammlung einen von der Fraktion der LINKEN initiierten Beschluss zur Ausweitung der Rechte der Ortsbeiräte gefasst. Demnach wird die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung entsprechend ergänzt. Es wird in § 12 der Geschäftsordnung eingefügt: „In die Tagesordnung sind ferner Beschlussanträge aufzunehmen, die ein Ortsvorsteher als Vertreter des Ortsteils nach Beschlussfassung im Ortsbeirat innerhalb der Vorlagefrist eingereicht hat und die gemäß § 47 Abs. 1 BbgKVerf Angelegenheiten seines Ortsteils betreffen und für die die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Hauptausschusses gegeben ist.“

Und in § 15 der Geschäftsordnung kommt hinzu: „Anträge können vom Ortsvorsteher als Vertreter des Ortsteils nach Beschlussfassung im Ortsbeirat eingebracht werden, sofern sie gemäß § 47 Abs. 1 BbgKVerf Angelegenheiten seines Ortsteils betreffen und für diese Angelegenheiten die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Hauptausschusses gegeben ist.“

Der Ortsvorsteher von Groß Glienicke, Franz Blaser, bedankte sich ausdrücklich bei der Fraktion für diese Initiative.

Parkplätze in Waldstadt I

Der Antrag der LINKEN zur Lösung der Parkplatzprobleme in Waldstadt I wurde nach Zustimmung im Bauausschuss beschlossen. Der Oberbürgermeister wurde aufgefordert, gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen Lösungen zu erarbeiten, um dem Defizit an Parkplätzen in diesem Wohngebiet zu begegnen.

Straßenreinigungssatzung 2014/15

Mit einem Änderungsantrag hat die LINKE erreicht, dass der Streit um die Eingruppierung von Straßen in die Straßenreinigungssatzung vor allem in Babelsberg zu Gunsten der Bewohner ausgegangen ist. Die mehrheitliche Abstimmung der Anlieger über den Reinigungszyklus in ihrer Straße soll die Grundlage der Einordnung in die Reinigungsklasse sein. Dementsprechend wurden mehrere Straßen, so auch die Tuchmacher- und die Garnstraße in Babelsberg, wieder in die RK 4 mit monatlicher Reinigung aufgenommen. Dort sei Reinigung alle vier Wochen ausreichend, und eine weitere Schädigung des Pflasterbelages werde vermieden, hatten die Anwohner einmütig bekundet.

Schulentwicklungsplanung – frühzeitig Eltern einbeziehen

Eine frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung in die Erarbeitung des neuen Schulentwicklungsplanes soll

ein Antrag der LINKEN sichern. Vor der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung sollen öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen vor allem in den besonders betroffenen Stadtteilen im Norden und am Stern durchgeführt werden, begründete Stefan Wollenberg. Die Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski sagte zu, den Bildungsausschuss regelmäßig zu informieren. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen, obwohl die Beigeordnete angemerkt hatte, dass er doch eigentlich bereits durch Verwaltungshandeln erledigt sei.

Überwiesen in Ausschüsse

Dreijahresverträge

Ab Haushalt 2015 sollen für institutionell geförderte Kulturträger Dreijahresverträge abgeschlossen werden, schlägt ein Antrag der LINKEN vor, den Dr. Karin Schröter mit den Vorteilen für Langfristigkeit und Planungssicherheit für die Kulturschaffenden begründete. Der Antrag wurde in den Kultur- und in den Finanzausschuss überwiesen.

Vertagt

Neuer Ausschussname

Die nach der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 gewählte neue Stadtverordnetenversammlung soll über einen neuen Namen des bisherigen Ausschusses für Gesundheit und Soziales entscheiden. Nach dem Willen der LINKEN soll er „Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Chancengleichheit“ heißen, Bündnis 90/Die Grünen schlagen „Gesundheit, Soziales und Integration“ vor.

Zurückgezogen

Büroflächen für Schilderdienste

Den drei Schilderdiensten, die in einem Bürocontainer auf dem Stadthausgelände Geschäftsräume gemietet haben, wurde vom KIS gekündigt. Die Bürocontainer sollen wegen Baumängeln zunächst abgerissen werden. Bis Juni 2014, so die Planung, entsteht an dieser Stelle ein Neubau für die Suppenküche. Die Schilderdienste komplettieren den Service der Zulassungsstelle, der unter anderem deshalb einen vorderen Platz im deutschlandweiten Vergleich belegt hat. Sie sollten weiterhin die Möglichkeit erhalten, auf einer Ersatzfläche dort tätig zu sein, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der LINKEN. Es lägen allerdings keine Anträge der Schilderdienste dazu vor, hatte der Oberbürgermeister im Hauptausschuss angemerkt. Seines Wissens, so Hans-Jürgen Scharfenberg, haben sich die Firmen inzwischen beim Oberbürgermeister gemeldet. Nach der protokollierten Zusage, dass Anfragen regelgerecht beantwortet werden würden, zog Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag für die Fraktion zurück.



Dringlichkeitsantrag wegen Schließung von zwei Sporthallen am Luftschiffhafen

Durch einen Dringlichkeitsantrag hat die LINKE (gemeinsam mit dem BürgerBündnis) das Thema der tags zuvor vollzogenen bauaufsichtlichen Sperrung der Sporthallen am Luftschiffhafen auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung gebracht.

Da Verjährungsfristen möglicherweise bis zum 31.12.2013 auslaufen, soll der Oberbürgermeister alle erforderlichen Maßnahmen einleiten, um die an der Sanierung der Dächer von Leichtathletik- und Schwimmhalle betei-

ligten Firmen ggf. für Mängel in Haftung nehmen zu können, begründete Stefan Wollenberg.

Jakobs betonte, die Verwaltung sei dabei, die Mängel der 2003 erfolgten Sanierung zu erfassen und den Verursachern zuzuordnen. Ob dies dann zu vertragsrechtlichen und/oder strafrechtlichen Konsequenzen führe, könne noch nicht gesagt werden. Der Hauptausschuss soll in seiner letzten Sitzung in diesem Jahr über den aktuellen Stand der Untersuchungen informiert werden.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
06.; 13.; 20. und 27. Januar 2014;
10. und 17. Februar 2014 (03.02. -
08.02.2014 Winterferien),

58. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal
29. Januar 2014, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Jugendclub 91, Kastanienallee
22d, Stadtteil Potsdam West
02.. Februar 2014, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 1/2014

Stadthaus, Raum 3.107
07. bis 12. Februar 2014 (außer Sa.
und So.)

Sie haben auch die Möglichkeit, den Rathausreport an den Info-Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen zu bekommen.

Sport- und Familienbad ab 2016

Frühschoppen „Rathaus report live“ am 8. Dezember 2013 im Bürgerhaus Am Schlaatz

Wie gewohnt startete der Frühschoppen mit den Erläuterungen Dr. Scharfenbergs zur (57.) SVV-Sitzung am 4.12.2013. So informierte er über den Bericht des Oberbürgermeisters, über Beschlossenes, Diskutiertes, Abgelehntes und in die Gremien Verwiesenes (siehe Seiten 2 und 3). Hervorzuheben wären solche Themen wie die Straßenreinigungs- sowie die Winterdienst-satzungen und die Parkplatzsituation in der Waldstadt I. Weiter freute sich Dr. Scharfenberg natürlich über die Neu-Eröffnung der Kaufhalle am Schilfhof. Schließlich ist es wesentlich dem Wirken der LINKEN zu verdanken, dass das Projekt realisiert wurde. Dr. Scharfenberg sprach aber auch das nunmehr neu entstandene Problem an, die parallele Schließung der Kaufhalle am Bismarkiez. „Es gibt bereits Interessenten für eine Nachnutzung“, erklärte der Fraktionsvorsitzende. Und die Schlaatzter können sicher sein, dass DIE LINKE.Stadtfraktion an der Problematik dranbleibe.

Die jüngsten Debakel mit den aus Sicherheitsgründen geschlossenen Sport- und Schwimmhallen im Luftschiffhafen erregte alle FrühschoppenteilnehmerInnen. „Von „Katastrophe“ bis „Schande“ gingen die Bewertungen. Dr. Scharfenberg wies einen einzurichtenden „Untersuchungsausschuss“, wie von der CDU-Kreisvorsitzenden Reiche gefordert, als „wenig hilfreich“ zurück. Erstens seien solche Ausschüsse keine Sache der Kommunalparlamente sondern nur den Landes- bzw. Bundesparlamenten vorbehalten. Und zweitens müssten der OB und die zuständige Sport-Beigeordnete im Hauptausschuss „Farbe bekennen“. Wer, wann, wie versagt bzw. gepfuscht hat, ist die eine Frage. Die Suche nach den schuldhafte Verantwortlichkeiten wird wahrscheinlich sehr lange dauern. Es gelte jetzt viel mehr schnelle Lösungen der „Dachprobleme“ zu finden. Das forderten auch die FrühschoppenteilnehmerInnen.

Mit Interesse verfolgten die Anwesenden die Erläuterungen des Bildungspolitischen Sprechers der LINKEN, Stefan Wollenberg, zur Schulentwicklungsplanung bis 2020. Fünf neue Schulen sollen in den



nächsten fünf Jahren dafür sorgen, dass eine Schulversorgung in Potsdam bedarfsgerecht erfolgen kann. Herzlich begrüßter Gast des Frühschoppens war schließlich der Stadtwerke-Geschäftsführer Wilfried Böhme (Foto I.), der zur aktuellen Situation des zu bauenden Brauhausberg-Schwimmbades sprach. Böhme erläuterte noch einmal die rund 10-jährige „Geschichte“ des Bades – von den sechs angedachten Standorten vom Stern (heute PORTA) bis zurück zu den Wurzeln, sprich Brauhausberg. Der Stadtwerkechef erklärte auch, wie sich die Kosten für das Bad „entwickelten“. Im Dezember 2014 soll jedenfalls der erste Spatenstich erfolgen. Und dann soll das Sport- und Freizeitbad nach „18 bis 20 Monaten Bauzeit“ Ende 2016 eröffnen. Abschließend kam von Wilfried Böhme noch etwas „Zukunftsmusik“: Bis zu 450.000 Besucher erwarte er pro Jahr, die sich dann auf zehn 50-Meter-Bahnen, im Nichtschwimmerbecken, auf 3- bzw. 5-Meter Sprungbrettern, in der Sauna- und Wellnesslandschaft oder ganz einfach in der Gastronomie vergnügen können. Auf der Tribüne können 400 Zuschauer sitzen und draußen vor der Halle stehen 260 Parkflächen zur Verfügung. Abschließend informierte Böhme, dass die alte Schwimmhalle so lange geöffnet bleiben soll, bis das neue Bad steht. Und Dr. Scharfenberg setzte hinzu, dass das einstige Restaurant „Minsk“ gemäß Gestaltungswettbewerb erhalten bleiben soll.

Jahres-Abo Rathausreport:

Bitte denken Sie daran: Wenn Sie ein Abo für den „Rathausreport“ abschließen möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende für die Ausgaben von Januar bis Mai 2014 (Ende der Legislaturperiode), also für 4 Ausgaben 4 Briefmarken a 1,00 €.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam